

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 7.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

## Die Statistik und die Arbeitslosen-Unterstützung.

Der Verbandstag zu Kassel verhandelte über die Arbeitslosen-Unterstützung. Die eingehenden Verhandlungen schlossen mit Annahme folgender Resolution ab:

„Der vierte Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands steht bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung auf dem Boden der von dem Berliner Gewerkschaftskongress gefassten Resolution.“

In Erwägung, daß bei dem gegenwärtigen Stande des Verbandes ein Überblick über den Arbeitsmarkt unmöglich ist, da der Verband so gut wie gar keinen Einfluß auf die Regelung von Angebot und Nachfrage besitzt, — in fernerer Erwägung, daß jede Organisation, die an die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung geht, unter allen Umständen einen guten Arbeitsnachweis und eine klare Übersicht über den Arbeitsmarkt besitzen muß,

beschließt der vierte Verbandstag, von der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorläufig abzsehen.

Der Verbandstag beschließt ferner: Es sind unter Leitung des Vorstandes im ganzen Reiche Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und hauptsächlich über die Arbeitslosigkeit der betreffenden Arbeiter zu pflegen. Das Material ist auf dem nächsten Verbandstage geeignet zu verwenden.“

Mit Annahme dieser Resolution hat der Verbandsstag sich mit der Arbeitslosen-Unterstützung grundsätzlich einverstanden erklärt, und der Einführung würde dann nichts mehr im Wege stehen, wenn der Nachweis geführt worden wäre, daß unsere Organisation ohne wesentliche Erhöhung der jetzt erhobenen Beiträge im Stande wäre, die arbeitslosen Kollegen unterstützen zu können. Um die Möglichkeit einer rechnerischen Prüfung zu schaffen, verlangte die Resolution die Vornahme einer Statistik. Letztere liegt nun zum Theil abgeschlossen vor. Der Vorstand des Gaues 14 hat die aus seinen Zahlstellen beantworteten Fragebogen gesichtet und bearbeitet. An der Erhebung nahmen 34 Zahlstellen mit 10520 Mitgliedern teil. Von letzteren haben 6312 die ihnen vorgelegten Fragen beantwortet.

Bon den Beantwortern waren

5267 männliche Mitglieder = 83,5 Prozent.

1065 weibliche = 16,5

Dem Alter nach gruppieren sich die Teilnehmer wie folgt:

unter 20 Jahren waren	406 Personen	=	6 Prozent
20–30	2328	=	37
30–40	2085	=	33,55
40–50	1010	=	16
50–60	303	=	4,50
60–70	53	=	0,90
über 70	3	=	0,05
Keinerlei Angabe gemacht	124	=	2
hatten	6312		

6312 Personen = 100 Prozent.

Bon den Beantwortenden hatten 933 ein Handwerk erlernt.

Es arbeiteten:

In Akkord . . . . .	1961 Personen, in Prozenten	31,68
Tagelohn . . . . .	3592	56,70
Abwechselnd in Akkord und Tagelohn . . . . .	268	4,24
Keinerlei Angabe gemacht	491	7,38

6312 Personen, in Prozent 100.

Einen Verdienst hatten:

unter 10 M	548 Personen, in Prozenten	9
10–15	918	14
15–20	2770	44
20–25	1383	22
über 25	106	2
Angabe nicht gemacht	587	9

6312 Personen, in Prozenten 100.

Es hatten eine Arbeitszeit von:

8 Stunden täglich	97 Personen, in Prozenten	1
9	699	12
10	4307	69,9
11	398	6
12–13	206	3
12–15	63	1
7	7	1
Die Arbeitszeit nicht ermittelt wurde bei	523	8

6312 Personen, in Prozenten 100.

Die allgemeine Verbandsstatistik, deren Ergebnisse im Laufe dieses Monats zur Veröffentlichung gelangen

Hannover,  
Sonnabend, 7. April 1900.

Immer kostet pro 3 gesetzte Zeile  
oder deren Raum 15 Pf. Offerten-An-  
nahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31.  
Verlag: Noldestr. 46.

9. Jahrg.

werden, läßt nun leider, da sie die erste ist, einen Vergleich mit den Ergebnissen anderer Jahre nicht zu. Dagegen sind in den norddeutschen Zahlstellen bereits mehrere Male statistische Erhebungen gemacht worden, sodaß man Vergleiche anstellen kann. Wie aus Nachstehendem zu erkennen, ist die Arbeitslosigkeit im Jahre 1898 eine sehr geringe. Das wird sich daraus erklären, daß die Erhebungen in einer Zeit angelegt wurden, die vor dem an Arbeitslosigkeit reichen Herbst und Winter liegt.

Danach waren arbeitslos:

1898: 426 Mitglieder mit 1057 Angehörigen	3013 Wochen
1897: 1913	4786 21440
1896: 1980	5309 22454

Im Jahre 1898 fallen auf jeden arbeitslosen Kollegen 9 Wochen Arbeitslosigkeit. Angenommen, es würde die Unterstützung der Arbeitslosen beschlossen nach dem Modus, daß pro Woche 6 Ml. Unterstützung bezogen werden könnte und zwar 10 Wochen lang, so würde das eine Ausgabe von rund 24 000 Ml. befragen. Nun ist das Jahr 1898 aber ein außerordentlich günstiges Jahr, erstens ist darin die Arbeitslosenzählung nicht vollständig, zweitens stand es im Zenith der Wirtschaftsperiode. Weitauß anders gestalten sich die Rechnungen, die für die Jahre 1897 und 1896 aufzustellen sind. Angenommen, die Unterstützung werde nach einer ziemlich hohen Karenzzeit erst gewährt, sodaß von den in beiden Jahren gezählten Arbeitslosen 25 Prozent Unterstützung nicht beziehen könnten, so blieben nach den vorhin angenommenen Sätzen immer noch zur Unterstützung der be zugsberechtigten Arbeitslosen im Jahre 1897 32 110 Mark erforderlich. Für das Jahr 1896 würden 33 181 Ml. erforderlich gewesen sein. Das sind horrende Summen, die bei der heutigen Beitragsleistung und den übrigen Vortheilen, welche der Verband zur Zeit gewährt, einfach nicht zu bestreiten sind. Vor einer bedeutenden Erhöhung des Beitrages warnt uns aber das Ergebnis der vorstehenden Lohnstatistik.

## Soziale Rundschau.

— Postalisch. Vom 1. April ab wird, wie im inländischen deutschen Briefverkehr, auch im Verkehr mit Österreich-Ungarn (einschl. Bosnien-Herzogtum und Liechtenstein), sowie mit den deutschen Schutzgebieten und mit den in fremden Gewässern befindlichen deutschen Kriegsschiffen die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 Gramm auf 20 Gramm erhöht.

Von demselben Zeitpunkte ab werden im inneren deutschen Verkehr, einschließlich des Wechselverkehrs mit Bayern und Württemberg, Geschäftspapiere unter folgenden Bedingungen zugelassen:

I. Zulässig zur Versendung als Geschäftspapiere sind: alle Schriftstücke und Urkunden, ganz oder teilweise mit der Hand geschrieben oder gezeichnet, die nicht die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz haben, wie Prozeßakten, von öffentlichen Beamten aufgenommene Urkunden jeder Art, Frachtbriefe oder Ladescheine, Rechnungen, Quittungen auf gestempeltem oder ungestempeltem Papier, die verschiedenen Dienstpapiere der Versicherungsgesellschaften, Abschriften oder Auszüge außergerichtlicher Verträge, gleichviel ob auf gestempeltem oder ungestempeltem Papier geschrieben, handschriftliche Partituren oder Notenblätter, die abgesondert versandten Manuskripte von Werken oder Zeitungen, korrigierte Schülerarbeiten mit Ausschluß jeglichen Urtheils über die Arbeit, Militärpassäße, Lohn-, Dienst- oder Arbeitsbücher usw.

II. Geschäftspapiere unterliegen, was Form und äußere Beschaffenheit betrifft, den für Drucksachen geltenden Vorschriften. Die Aufschrift muß die Bezeichnung „Geschäftspapiere“ enthalten.

III. Geschäftspapiere, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, werden nicht befördert.

IV. Die Vereinigung von Geschäftspapieren mit Drucksachen und Waarenproben zu einer Sendung ist unter der Bedingung gestattet, daß

- jeder Gegenstand, für sich genommen, die auf ihn anwendbaren Grenzen des Gewichts und der Ausdehnung nicht überschreitet;
- das Gesamtmengen einer Sendung von 1 Kilo nicht überschreitet.

V. Geschäftspapiere müssen frankirt sein. Die Gebühr beträgt, gleichviel ob die Geschäftspapiere für sich allein versendet werden oder ob Drucksachen und Waarenproben damit vereinigt sind:

bis 250 Gramm einschließlich . . . 10 Pf.  
über 250 500 20  
500 Gramm bis 1 Kilo einschließlich . . . 30  
Unfrankirte Geschäftspapiere gelangen nicht zur Absendung.

VI. Für unzureichend frankirte Geschäftspapiere wird dem Empfänger das Doppelte des Gehaltbetrages angezeigt, nötigenfalls unter Abrundung auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme aufwärts.

Somit können Mitgliedsbücher und Abrechnungen unter der Bezeichnung „Geschäftspapiere“ und zu den für letztere gültigen Portosätzen versandt werden. Wir empfehlen aber unseren Kollegen, nur Mitgliedsbücher als „Geschäftspapiere“ zu versenden, und die Abrechnungen nach wie vor im verschlossenen Couvert der Post zur Förderung zu übergeben.

## Polizeiliches, Gerichtliches.

— Vom Kampf gegen unsere Organisation. Wie unsern Kollegen wohl noch erinnerlich, ging uns im August des Jahres 1898 vom Polizeipräsidium zu Hannover folgende Verfügung zu: „Der Verband, dessen Sitz Hannover ist, bezweckt nach dem § 2 seines Statuts die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder, mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung. Er will diesen Zweck erreichen u. a. durch die Regelung des Arbeitsnachweises und des Verkehrsweises und durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Verband bezweckt somit eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes. Ich fordere Sie auf, mir binnen 10 Tagen ein Verzeichniß sämtlicher Angehöriger des Verbandes einzureichen, gleichgültig, ob der Verband direkt oder durch einen Vertrauensmann vermittelst einer Zahlstelle mit ihnen verkehrt. Namen, Stand, Gewerbe und Wohnort der Mitglieder sind anzugeben.“

Nach vergeblichen Beschwerden beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten klagten wir beim Oberverwaltungsgericht. Unser Vertreter, Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin machte geltend, daß der Polizeipräsidium von Hannover höchstens ein Verzeichniß derjenigen Mitglieder hätte verlangen können, die den in seinem Ortspolizeibezirk etwa vorhandenen Filialen des Verbandes angehörten. Alle anderen Zahlstellen des Verbandes gingen ihm nichts an, denn sie führen ein besonderes vereinsrechtliches Leben und ihre Bevollmächtigten wären verpflichtet, den für sie maßgebenden Ortsbehörden gegenüber die Vorschriften des § 2 des Vereinsgesetzes zu erfüllen, vorausgesetzt, daß § 2 Anwendung finde. Die Zuständigkeit des Polizeipräsidiums von Hannover sei nur auf diese Stadt beschränkt. — Der erste Senat unter dem Vorsitz des Präsidenten Persius wies jedoch die Klage nach zweitinstanziger Beratung zurück. Gründe wurden nicht verklündet.

Auch diesen Schlag werden wir verwinden. Beweist sei, daß das Polizeipräsidium die Liste auf Untersuchung einer auswärtigen Behörde — des Landratsamts zu Wolmirstedt — einfordert. Diesem Landratsamt hatten wir die Einreichung der Liste verweigert, weil wir uns nicht darüber täuschen konnten, welche Folgen die Einreichung für unsere Mitglieder haben würde. Das hiesige Polizeipräsidium sollte daher die Mitglieder des Kreises zur Kenntnis des Landratsamtes bringen, daher forderte es die Liste ein. Warten wir nun ab, wie die Begründung des Urteils lautet, und welche Folgerungen das hiesige Präsidium daraus ziehen wird.

— Ein Moustreprozeß wird sich demnächst vor den Schranken der Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Erfurt abspielen, bei welchem, wie wir hören, nicht weniger denn 25 Kollegen, von denen nur noch einer Verbandsmitglied sein soll, die Anklagebank ziehen werden. Die Anklage stützt sich auf die Paragraphen 4, 6, 8 und 9 des Gesetzes vom 9. Juni 1856, auf § 2 des Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuch und § 40 des Einführungsgesetzes zum Reichs-Straf-Gesetzbuch. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, im Sommer des Jahres 1899 einem im Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen verbotenen Verein angehört zu haben, Beiträge für dessen Zwecke gesammelt und Besprechungen abgehalten zu haben. Die Angeklagten waren Einzelmitglieder unseres Verbandes. Eine Thätigkeit, wie sie ein selbständiger Verein entfaltet, ist von ihnen natürlich nicht ausgeübt worden.

— Die schwarzen Listen! Gegen den Firmeninhaber des Düsseldorfer Emailleurwerks Dr. Elbers, haben ca. 50 Metallarbeiter beim Landgericht Klage erhoben, weil Dr. E. sie auf schwarzen Listen verfehmt und ihnen vorsätzlich Schaden zugefügt hat. Natürliche haben auch solche Arbeiter geplagt, die von Dr. E. auf schwarzen Listen „irrtümlicherweise“ verfehmt worden sind und mit dem hiesigen Metallarbeiterstreik absolut garnichts zu thun hatten. Die Klage ist erhoben worden auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstörenden Weise einem Andern vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem Andern zum Ertrag des Schadens verpflichtet.“ Auf den Ausgang dieses für die Gesamt-Arbeiterschaft wichtigen Prozesses darf man gespannt sein.

## Vom sozialen Kampfplatz

— In Barel haben die Bauarbeiter, von denen 24 unserm Verbande angehören, die Arbeit eingestellt. Grund: Im vorigen Jahre wurde von den Meistern eine Lohnerhöhung bewilligt. Bei Herannahet des Winters wurden die Stundenlöhne um 3 und 3½ Pfsg. vermindert und nicht wieder erhöht, als das Frühjahr anbrach und die Arbeiter den alten Lohn wieder forderten. In Lägerdorf planen sämtliche Arbeiterkategorien, Handwerkler, Metallarbeiter, Böttcher, und unsere auf den dortigen Zementfabriken beschäftigten Kollegen die Verbesserung ihrer Lage. Es wird gefordert eine Lohnerhöhung um 15 Prozent; für Überstunden, Sonntagsarbeit und 24-Stundenschichten; Erhöhung der Bezahlung um weitere 15 Prozent, Freigabe des 1. Mai als Feiertag und Garantie, daß die Bewilligungen bis zum 1. April des Jahres 1901 Gültigkeit behalten. Da die Zementindustrie einen rießigen Aufschwung genommen, die Wirtschaftsperiode günstig ist, so hofft man die Forderungen, ohne daß ihnen durch Einstellung der Arbeit Nachdruck verliehen werden muß, durchzudrücken. In Kolberg haben die Bauarbeiter, die auf Holzpläcken und Schneidemühlen beschäftigten Arbeiter ihren Arbeitgebern Forderungen unterbreitet. Ein gänzlich unerwarteter Ausstand ist aus Danzig zu verzeichnen. Da haben die auf den Holzhandels- und Holzverladepläcken der unteren und oberen Weichsel beschäftigten Arbeiter Tausend an der Zahl und bis auf 3 unorganisiert, die Arbeit eingestellt. Ihre Forderungen sind 4 Mk. (seither 3 Mk.) Tagelohn auf der oberen Weichsel, und 5 Mk. (seither 4 Mk.) auf der unteren Weichsel. Die reichen, sich mit ihrer Liberalität brüstenden Holzhändler erklärten, die Bewilligung dieser Forderungen sei gleichbedeutend mit dem Ruin des Danziger Holzhandels. Trotz dieser Erklärungen werden sie sich zu Zugeständnissen bequemen müssen. In Striegau (Schlesien) haben die Arbeiter in den vergangenen Wochen eine erfolgreiche Kampagne um die Verkürzung der Arbeitzeit von 11 auf 10 Stunden geführt. In einer mechanischen Bürstenfabrik kam es zu einer zweitägigen Arbeitseinstellung, diese endete mit der Gewährung des Behauptungstages und einem zehnprozentigen Lohnzuschlag für Afford- und Tagelohn. Auch die Arbeiterinnen der Strickerei haben nun die 10stündige Arbeitszeit und bei ungünstigen Affordsätzen einen Lohnzuschlag von 10 Prozent erhalten.

— Die Verwaltung der Chemischen Fabrik Schering in Berlin teilte in der Generalversammlung mit, daß die Gesellschaft im neuen Geschäftsjahre gut beschäftigt sei. Die Dividende wurde auf 12 Prozent festgesetzt.

— Aus Düsseldorf wird berichtet, daß in der Generalversammlung der Düsseldorfer Schamottefabrik die Aussichten als wesentlich günstiger bezeichnet worden sind. Die ersten beiden Monate des neuen Geschäftsjahres stellen sich um 100 Prozent besser, als die entsprechenden des Vorjahr.

## Konferenz des Ganges 1.

abgefechten am 18. Februar in Fannen-

ausgeführt am 18. Februar in Hannover.  
Es sind 14 Orte durch 13 Delegierte vertreten. Zwei Zahlstellen — Seine und Bielefeld — haben keinen Vertreter gesandt. Der Gauvorstand ist verstreut durch die Kollegen Oster, Luetke und Sauer. Die provisorische Tagessordnung wird beschworen. Der Bericht des Gauverfasses erläuterte der folgende Inhalt. In fünf Orten sind lokale Zahlstellen gegründet, wobei eine Anzahl von Personen als Einzelmitglieder dem Kreisende gewonnen worden. In einem Ort, Wiesburg, beträgt die Zahl der Einzelmitglieder bereits über 100. Der Gauverstand läßt mit den Delegierten seiner Thätigkeit zufrieden sein. Diese würden größere gewesen sein, wenn mehr ausreichende Mittel zur Verfügung gehabt hätten. Der Gauverstand hat 77 in Bingen abgepolten und die Vorberichten zu 13 stell. an Berichtsaufgaben erledigt, wobei 729 Blattzettel zur Bearbeitung lagen. Es werden verfaßt 24 Briefe, 27 Entschließungen, 18 Postkarten und 7 Spenden mit Streichgelen. Eingeladen sind 26 Briefe, 3 Postkarten und zwei für die Schlußstrophe bestimzte Geldsendungen. Mit Ausnahme des Kollegen Birkens, Delegierter der Zahlstelle Hannover SO., sind die Delegierten mit der Tätigkeit einverstanden. Nach dem vom Kollegen Oester vorgetragenen Schlußbericht haben die Einzelzonen 125,25 M., die Ausgaben 40,11 M. betragen. Auf Antrag des Kollegen Sauer, welcher die spezielle Abschaltung geprüft und mit den Kollegen überentwickelt gefunden hat, wird diese spezielle Abschaltung erlaubt.

Zum Punkt 2 der Fragestellung, Schaffung des Agitatorstandes, führt der Delegierte vom Landkreis aus: Seit dem letzten Berichtsjahr ist die Katholische Gemeinde zurückgegangen. Die Erwähnung der Beiträge hat viele zum Skeptizismus bezüglicher Mitglieder zum Erstaunen bewogen. (Zürcher Katholiken treten aus einem solchen Stande nicht aus. D. 2.) Zur Schluß des Jahres 1893 hatte die Katholische Kirche nur noch 25 Mitglieder. Im letzten Jahre war allerdings wieder ein Anjagung zu verzeichnen, so daß am heutigen Schluß 84 Mitglieder, darunter 14 weibliche, zu verzeichnen waren. Zu einer Verfehlung der Arbeitsherstellerungen kann bestimmt nicht gekommen werden, weil die Sitzungen auf allen drei hiesigen Kirchgemeinden kirchliche Wirkungen erzielt verhältnißmäßig sind. Dies ist ein

Grund mit, weshalb die Agitation keine größeren Erfolge gezeitigt hat. Ein großes Feld ist noch zu bearbeiten, denn falls unter den Kollegen herrscht noch viel Unklarheit über die Ziele des Verbandes. Mit dem Wederuf sind gute Erfolge erzielt worden. Der Kollege schließt mit der Bitte an den Gauvorstand, es möge der Leitung der Zahlstelle zur Hilfe kommen, solange es noch Zeit sei. Dieser Delegierte unterteilt bei Gaukonferenz folgenden Untergang: Nach Eintheilung der Wahlkreise zum nächsten Verbandstage durch den Verbandsvorstand wird der Gauvorstand erwägt, für die Zahlstellen, welche zu einem Wahlkreis gehören, eine Wahlkompetenz einzurufen, an welcher dann die Delegirten zum Verbandstage aufgestellt sind.

Aus Hildesheim wird ebenfalls berichtet, daß die Organisationen und das Land im Osten sich gegen

die Lücken müssen wieder ausgefüllt werden. Die längste Zeit hat sich hier auch eine „Christliche Gewerkschaft“ ~~und~~ <sup>gewerkschaftlich</sup> gebildet; wenn diese den ehrlichen Willen hat, den Indifferentismus zu bekämpfen, und nicht im Dienste des Industrievereins steht, wie die anderen „christlichen“ Vereine, so wird sie uns nicht schaden. Die Männer der selben lassen leider stark bezweifeln, daß es ihnen mit die Wahrung der Interessen der Arbeiter zu thun ist.

Barinbeck. Mittwoch, den 14. März, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Neben den 1. Punkten der Tagesordnung: „Die Änderung des Unfallversicherungsgesetzes“, hatte die Kollegin Frau Zieh ~~den~~ Referat übernommen. Sie ließ die Brüder in der ganzen Unfallversicherung durch die Berufsgenossenschaften Revue passieren und wandte sich in scharfer Kritik gegen die beispiellosen Verschlechterungen dieses Gesetzes, wie sie gegenwärtig von der Regierung und noch schlimmer von den Bürgerlichen Parteien in der Unfallkommission des deutschen Reichstages geplant würden. Des Weiteren ging die Rednerin auf die bislang eingereichten Verbesserungsvorschläge in der Petition, die vom Arbeitervertreterverein in Berlin beim hohen Reichstag eingereicht werden soll, ein, hauptsächlich in denjenigen Punkten, die innerhalb des Rahmens der Unfallversicherung unbedingt notwendig sind, um den versicherten Personen, die durch einen Betriebsunfall barriere erwerbsunfähig geworden, die ihnen zustehende Rente ohne die vielen Manipulationen der Berufsgenossenschaften (sogenannten Rentenquerschlägen) auch unverkürzt zu kommen zu lassen. Nach anderthalbstündigem Vortrage, der durch allseitigen Beifall der Versammlung belohnt wurde, kam die bekannte Resolution zur einstimmigen Annahme. Der Bericht vom Gewerkschaftskartell wurde vom Kollegen G. Wagt gegeben. Die Beschlüsse von der Leipziger Konferenz der Gewerberichter wurden dabei besonders berücksichtigt. Unter „Die Arbeit hier am Orte“ gab Kollege Börger eine Übersicht über die Mißstände bei den Arbeiten auf der Gasanstalt in Barinbeck; der Anstoß zu einer Besserung aus den Reihen der Gasarbeiter selbst sei kaum zu erwarten, da diese in Folge der schweren körperlichen Arbeit des Abends zu sehr erschöpft seien, um in der angegebenen Weise etwas für sich schaffen zu können; vielmehr müßte solches von den Wahlstellen Barinbeck und Uhlenhorst durch kräftige moralische Unterstützung sämtlicher Mitglieder aus unternommen werden. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, öffentliche Versammlungen der Gasarbeiter in passender Zeit zu veranstalten, wo die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu berathen sind. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte war die Tagesordnung erschöpft.

Berlin. In Weihensee tagte am 24. März im Lokale des Herrn Spedimann eine öffentliche Versammlung, in der die Referentin Frau Misch einen Vortrag hielt über: "Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. Rednerin führte aus, nur durch gemeinsames Wirken und Vereinigung der Arbeitnehmer könne eine Besserung der Lebenslage herbeigeführt werden. Unter Anderem führte sie an, die große Zahl der beschäftigten Frauen erfordere es, sich einer Organisation anzuschließen. Die ziemlich stark besuchte Versammlung erklärte sich mit dem Vortrag einverstanden. Nachdem noch Kollegen Rövak und Hunk die Ziele des Verbandes klar gelegt hatten, stellte man die Frage betreffs Gründung einer Zahlstelle. Dieselbe wurde mit großer Majorität angenommen und sofort zur Wahl geschnitten. Gewählt wurden: 1. Bevollmächtigter Reich, 2. Bevollmächtigter Statulat, Schriftführer Gerhart. Es ließen sich 10 Personen aufnehmen, hiermit hat die Zahlstelle ca. 55 Mitglieder. Die Zahlstelle befindet sich im Lokale des Herrn Barth, Lehderstraße 5; jeden Sonnabend Zahlabend.

Blankenburg. Die hier am 18. März tagende Fabrik- und Hilfsarbeiter-Versammlung beschäftigte sich mit den gestellten Lohnforderungen. Am 1. März d. J. wurde den Arbeitgebern eine Lohnforderung unterbreitet, und ihre Antwort wurde am 15. März der betreffenden Lohnkommission zugestellt, welche denn auch alle Erwartungen entsprach. Denn die betretenen Arbeitgeber haben sämtliche Forderungen abgelehnt, mit Ausnahme der für die Steine- und Kalkträger, diesen würden sie nach ihrem Gutachten eine Lohnherhöhung zubauen lassen (bis 30 Pf.). Und sollte die betreffende Kommission eine nündliche Verhandlung wünschen, so wären sie gerne bereit, in eine solche einzutreten. Da nun aber mehrere Steine- und Kalkträger schon 30 Pf. und darüber erhalten haben, so beschwieg die Versammlung einstimmig die Lohnkommission, ihre gerechtigten Forderungen bei der nächsten Verhandlung aufrecht zu erhalten und mindestens bis Donnerstag, den 22. März Antwort zu fordern.

**Charlottenburg.** Unsere regelmäßige Mitglieder-Ver-  
ammlung tagte am 13. März in der „Gambrinusbrauerei“. Vor Eintritt in die Tagesordnung schrie die Versammlung das  
Denken des verstorbenen Kollegen, des Hauptkassiers Johann  
Wilhelm durch Erheben von den Sitzen. Es wurde dann der  
Punkt der Tagesordnung: die Wahl von sechs Kollegen zur  
Apedition des Verbandsorgans, vorgenommen. Als 1. Be-  
vollmächtigter kam der Kollege Oswald Schmidt in Vorschlag.  
Ferner wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt,  
welche in „Zwischenfahrt“ mit den Bevollmächtigten die event.  
Anträge zum vierjährigen Verbandstage ausarbeiten soll; ferner  
wurde der Beschluss gefaßt, daß die Zahlstellen-Inhaber in Zu-  
unft von einem Mitgliede, welches mit seinen Beiträgen  
geringer als drei Monate im Rückstande ist, keine Beiträge an-  
nehmen, sondern dasselbe an den 2. Benachbarten ver-  
weisen. Dem Berliner Gewerkschaftsratell wurden zur Unter-  
stützung der streikenden und ausgesperrten Holzarbeiter 20 M.  
aus der Kassakasse überwiesen. Es wurde zum Schluß noch  
darauf hingewiesen, daß ein jeder Arbeiter nur durch Beisetzen der  
Arbeiterpreise in Stand gesetzt wird, sich über seine Lage zu  
informieren und seine geistige Ausbildung zu vervollständigen  
darauf wurde die auf holzrichtige Verpflichtungen geschlossen.

Fürstenberg i. W. Sonntag, den 11. März, tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher der zweite Bevollmächtigte der örtlichen Lohnverhältnisse schilderte. Darauf erhält Kollege Lührs aus Lübeck das Wort, der in aussühnlicher Weise den Kollegen klar mache, daß zur Aufbesserung der niedrigen Löhne eine gute Organisation erforderlich sei. Eine geplante Lohnbewegung mußte aus Rücksicht auf die ungenügende Organisation in diesem Jahre unterbleiben.

Halle (Märkte). Am Sonntag, den 25. März, fand zu Mölkau eine recht gut besuchte Versammlung der in der Papierfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Über die Lage der "Arbeiter" referierte Arbeitersekretär Güldenberg. Er ging zunächst auf die Organisation der Papierfabrikanten und deren preisernährende Thätigkeit ein. Die Papierarbeiter seien in ganz kurzer Zeit um 10—20 Prozent gestiegen. Sie Arbeiter dagegen hätten von einer Verbesserung ihres Lohnes nichts erfahren. Es sei nun Aufgabe der Arbeiter, sich einer besseren Bezahlung zu streben. Diese sei nur durch Vereinigung zu erreichen. Nachdem der mit großem Beifall abgenommene Beitrag beendet war, trat eine Pause ein. Während dieser wurden 17 Personen als Mitglieder aufgenommen. Unter "Verschiedenes" wurden die Zustände der Fabrik einer derben Kritik unterzogen. Allgemein wurde besteuert, daß die Herren Beamten unmittelbar nach Beendigung des Vortages die Versammlung verlassen haben. Ihre Beteiligung an der Diskussion hätte jedenfalls des Interessanten geladen. Sie hätten den Anwesenden einmal den Rauchsaal führen können, wie Männer mit Stundenlohn von 24 Pf. und Arbeitern mit solchen von 10—14 Pf. ein schlechtes Dasein fristen würden. Die Arbeiterninnen seien für diesen Lohn Säcke im Gewicht bis zu 2 Zentnern tragen. Auch die inneren Einrichtungen der Fabrik hielten

## Korrespondenzen

Die Delegierten und der Vorsitzende einverstanden. Nach dem vom Delegaten Danner vorgetragenen Schlußbericht haben die Stimmen 125,25 DM., die Abstimmungen 40,11 DM. betragen. Auf Antrag des Kollegen Beyer, welcher die spezielle Abrechnung geprüft und mit den Rechnungen übereinstimmend gefunden hat, wurde diese schriftliche Zustimmung enthebt.

Zum Punkt 2 der Tagessitzung, Aufforderung des Agitatorvereins, läßt der Delegat von Göttingen aus: Seit dem letzten Berichtszeitraum ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 14000 gestiegen. Die Erhöhung der Beiträge hat viele neue Aktivitätsmitglieder zum Zusammenschluss gebracht. (Zahlreiche Mitglieder traten aus einem früheren Gewerbe nicht aus. 2. S.) Zur Sitzung des Schatzes 1899 hatte die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 26000. Im letzten Jahre war allerdings wieder eine Abnahme zu verzeichnen, so daß an deren Schluß 24000 Mitglieder, darunter 14 weibliche, zu verzeichnen waren. In einer Eröffnung der Arbeitgeberanträge kann ausdrücklich nicht gebraucht werden, weil die Kollegen auf einer anderen Linie verhandeln. Arbeitgeberanträge ergeben vereinbart freie. Dies ist ein

Vorsteher/Polizeipräsident.

Magdeburg. Unsere Monats-Sitzung fand am 25. März. Bei Eintritt in die Tagessitzung wurde das Anwanden des verjährten Kollegen Wilhelm durch Erheben von den Sitzen gestoppt. Unter Punkt 1: Stellungnahme zur Haushaltung in München, wurde beschlossen, dieselbe zu beschließen. Als Delegierter wurde Kollege Weitinger gewählt. Zum zweiten Punkt ergänzte Kollege Haber Bericht vom Gewerkschaftsverein. Es mußte mit, daß sich eine Durchschnittskommission gebildet hat. Diesbezügliche Mitteilungen sind an Herrn Jetzky zu richten. Ferner beschäftigt der Gewerkschafts-Verein, in eine rege Agitation einzutreten, um an Stelle der 14-tägigen Lohnzahlung die wöchentliche einzuführen. Kollege Haber erfuhr, für die betreffende Besammlung Wies zu thun, um die Arbeiter anzurufen, denn nur dann sei auf Erfolg zu rechnen. Verschiedene Kollegen wiesen auf die Vortheile hin, welche wöchentliche Lohnzahlungen haben. Allseitig wurde betont, daß es mit der Agitation für unseren Verband wieder vorwärts gehen müsse. Der Winter hat uns allgemein sehr

der Kritik Angriffspunkte genügend. Es fehlt sowohl an einem Sitzesfaß als auch an geeigneten Maßnahmen und Anstrengungen, möglich, daß durch die Organisation die Arbeiterschaftlichkeit der Fabrikleiter etwas geweckt wird.

Hamburg-Großbüttel. In der am 12. März bei Struck, Fruchtstoffen, abgehaltenen Mitgliederversammlung stand auf der Tagesordnung: "Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz und die Petition des Berliner Arbeitervertretungsvereins." Als Referent war der Genosse Böckner erschienen, der in seinem anderen halbstündigen Vortrage den Anwesenden die Bestimmungen der bestehenden Unfallversicherung und die Thätigkeit des Rentenamtes vor Augen führte. Redner kritisierte dann scharf den jetzigen Regierungsentwurf. Redner schloß mit den Worten: Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, dahin zu wirken, daß eine die Interessen der Arbeiter wahrnehmende Reform des Gesetzes vorgenommen wird. Die Resolution des Berliner Arbeitervertretungsvereins fand einstimmige Annahme. Hierauf erhieltte Kollege Winkens den Bericht vom Kartell und verlas das Regulativ für das Arbeitersekretariat. Als Kartellsdelegierter wurde der Kollege Söhlter und als Hilfsklassifizierer der Kollege Müller gewählt. Nachdem dann noch Kollege Kramer die Mitglieder ersucht, die Fragebogen betreffs Gründung einer Unterstützungsstelle in Krankenhäusern genau anzusäumen und rechtzeitig abzulefern, und Kollege Winkens um bessere Abnahme der Broschüre "Die Hamburger Gewerkschaftsbewegung von 1865 bis 1890" gebeten hatte, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung um 11½ Uhr.

Hamburg-St. Georg. Unsere letzte Mitgliederversammlung tagte am 14. März. Genosse Frau Steinbach referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung: "Broed und Rügen des Konsumvereins". Die Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Beifall angenommen. Zu gleicher Zeit erklärten mehrere Anwesende ihren Beitritt in den Konsum-, Bau- und Sparverein "Produktion". Zum zweiten Punkt erhieltte Kollege R. den Bericht der letzten Kartell-Sitzung. Er berichtete, daß das Kartell sich mit der vom Berliner Arbeitervertretungsverein an den Reichstag gesandten Petition beschäftigt habe. Er führte aus, daß in derselben 49 Abänderungsanträge zur Reform des Unfallversicherungsgesetzes für den Arbeiter von weitgehender Bedeutung wären und empfiehlt der Versammlung, die bekannte, in Art. 5 des "Proletarier" mitgeteilte Resolution anzunehmen. Die Debatte endete mit Annahme der Resolution. Weiter berichtete Kollege R. über die Errichtung des Hamburger Arbeitersekretariats und legte der Versammlung ein von der Kartell-Kommission ausgearbeitetes Regulativ vor, welches mit einigen von der Versammlung gewünschten Änderungen angenommen wurde. Alsdann wurde Kollege Görig als Hilfsklassifizierer gewählt.

Hamburg-Uhlenhorst. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde das Urtheil unseres Kollegen Wilhelm in der öffentlichen Weise gezeigt. Dann referierte der Genosse Schauburg über die Sozialreform unter besonderer Berücksichtigung der Unfallversicherung. Redner behandelte besonders die Mängel, welche diesem Gesetz anhaften, dann ging Redner auf die vom Berliner Arbeitervertretungsverein aufgestellte Petition an den Reichstag ein und ersuchte, dieser bei der Petition zuzustimmen. Lebhafte Beifall lohnte seine Ausführungen. Einstimmig wurde beschlossen, der Petition zuzustimmen. Hierauf erhieltte der Kollege A. Sch. den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Kollege G. verließ die Abrechnung vom Unterhaltsabend; diese wird angenommen. Auf Antrag wird beschlossen, eine gebündnete Broschüre "Die Arbeiterbewegung" anzufertigen und der Bibliothek einzurichten. Gleichzeitig wird eine Bibliothek-Kommission, bestehend aus den Kollegen Gerdens, Busch und Schmidt, gewählt. Nach lebhafter Debatte wird beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche sich nach einem geeigneten Versammlungsort umsetzt. Hierauf rechtfertigte sich der 3. Bevollmächtigte wegen seines ihm zum Vorwurf gemachten Fehlens.

Kattenstedt. Am heutigen Tage tagte hier in der Kathmann'schen Gastwirtschaft eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Da der erste Bevollmächtigte zum 1. April umzugshaber sein Amt niedergelegen genötigt ist, wurde der Kollege Welty als Bevollmächtigter vorgeschlagen. Die Bevollmächtigten ersuchen die Kollegen, an den Versammlungen fleißiger teilzunehmen, als wie bisher, da manches verhandelt wird, welches für die Kollegen von großem Interesse ist. Da die Blankenburger Bauerarbeiter Lohnforderungen an die Arbeiterbewegung Antheil haben, wurden die Beschlüsse und Forderungen der Blankenburger Kollegen gutgeheissen.

Köslin. Der Übermut der Unternehmer beginnt sich hier breit zu machen. So wurde den Arbeitern in der Fischer'schen Brauerei ein Steuersatz für Unterschrift vorgelegt, welcher jede Rundigung ausschließt und dem Arbeitgeber das Recht vorbehält, den Lohn für den Arbeitnehmer nach dessen Leistungen selbst zu bestimmen, bzw. während des bestehenden Lohnverhältnisses zu erhöhen oder zu erniedrigen. Die betroffenen Arbeiter wiesen diese Zumutung energisch zurück. In Folge dessen ließ Fischer diese Forderung fallen. Nun wandte sich sein ganzer Zorn gegen unsere Organisation; Fischer wollte kein Mitglied unseres Verbandes mehr beschäftigen. Die Folge davon war, daß sich sämtliche Arbeiter aus angeschlossen. Diesem Umstände ist es wohl zu zuschreiben, daß die Verhandlungen hier eine bedeutend bessere geworden sind. Die Kollegen verzichteten, daß sie die so sehr gewohnten Titulaturen wie Hornochse, Knadrich, Esel u. s. m. nicht mehr zu hören bekommen. Auch sind kleine Lohnausbesserungen eingetreten. — In der städtischen Gasanstalt arbeiten die Bente in 12stündiger Schicht, und alle 14 Tage Sonntags 24 Stunden hintereinander. Nun hätten aber die Arbeiter die Pflicht, nach jeder hier ausgeführten Schicht, die Sonntagschicht mit-eingebracht, so daß an die Kunden auszubringen gegen Bergungszug. Diese Thätigkeit erforderte 6—6 Stunden. Von uns auf das Unfugnis dieses Verhaltens hingewiesen, lehnten die Kollegen, welche alle unserem Verbande angehören, es ab, diese Quälerei fortzusetzen. Nun erst wurden die Vermüthen geweckt, wie schlecht sie doch für ihre Arbeit bezahlt wurden; sie erhalten für 12 Stunden schwere Arbeit 1,70 Mk. Da sich bei einem so länglichen Verdienste in einer Stadt wie Köslin, wo die Lebensmittel hoch im Preise sind (das Pfund Fleisch kostet durchschnittlich 70 Pf., Kartoffeln kosten 3 Mark per Centner, für die elendeste Arbeiterwohnung werden 100 Mk. pro Jahr bezahlt), nicht leben läßt, so beschlossen die Kollegen, einen höheren Lohn zu fordern, und zwar 25 Pf. pro Stunde. Diese Forderung wurde an die Direktion am 9. März eingebracht und ist bis heute noch keine Entscheidung gefallen. — In dem Falle, daß der Reiter durch die Firma entlassen wird, die Arbeiter sollten aus ihrer Organisation austreten, durch Arbeitermangel gezwungen sind, abzustecken. Da die Firma jedoch sich die ihnen am besten dünfenden Arbeiter auszuholen wollte, so werden wir die Sparte aufrecht erhalten.

Ludwigshafen. Am 18. März tagte unsere Mitgliederversammlung. Kollege A. Hermann erstattete den Kartellbericht und forderte die Vertreter, welche am Ortskonsensuus gewählt sind, auf, sich am Montag an der Versammlung im "Wittelsbacher Hof" zur Vorbesprechung der Generalversammlung zahlreich zu beteiligen. Der zweite Punkt, Vortrag, mußte, da der Referent durch Krankheit verhindert war, ausfallen. Unter "Verschiedenes" ergriff der 1. Bevollmächtigte das Wort und erklärte, daß sich in unserer Firma ein Flügler befände, dem man den Vorwurf der Zuträgerkeit mache. Es sei dies der Kohlenarbeiter Wilhelm Heinl. Redner hältte die anwesenden Kollegen um Aufklärung, inwieweit die Anschuldigung gerechtfertigt sei. Kollege Schwarz erklärte dann, daß aus den bisherigen Versammlungen, in welchen von der Lohnbewegung der

Kohlenarbeiter die Sprache war, am andern Tage der Oberaufseher Hessen und der Betriebsleiter Schenker durch diesen Heim von allen Verhandlungen genau unterrichtet wurden. Die beiden Herren hatten dann leichtes Spiel, ein Kollege wurde gemacht und viele andere wurden aufs Bureau getragen und mit Entlassung bedroht, falls sie nicht vom Verbände zurücktreten. Die Kohlenarbeiter der Ansinfabrik haben sich dadurch so abschrecken lassen, daß nur noch wenige in unsere Versammlungen kommen. Der Abschluß des Heims ward darauf einstimmig beschlossen. Alsdann forderte Kollege Den, Delegierter zu der Arbeiterschaftskommission, auf, mehr die auf den Fabriken vorherrschenden Missstände zu schildern. Die Kollegen könnten vertraulich voll sich an die Arbeiterschaftskommission wenden, die Namen der Beschwerdeführer würden bei dem der Beschwerde folgenden Verfahren nicht genannt.

Elneburg. Am Sonntag, den 18. März, wurde von Hörbiger und Lüneburger Kollegen am heutigen Orte eine Versammlung vorgenommen, die von gutem Erfolg war. Besucht wurden ca. 150 Arbeiter und Arbeitnehmerinnen, von diesen wurden 31 in den Verbund aufgenommen. Am selben Tage, Nachmittags 4½ Uhr, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Kollege Burmester erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell. In Punkt 3 "Verschiedenes" entspann sich eine lebhafte Debatte, in der im Großen und Ganzen eine weitere Agitation empfohlen wurde und besonders die Hörbürger Kollegen forderten uns auf, kräftig weiter zu agieren, nur in Lüneburg endlich mal eine lange und lebensfähige Wahlperiode zu erhalten. Nachdem der Bevollmächtigte vortraten und sich verpflichtet hatte, mit allen Kräften für eine weitere Agitation einzutreten, wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

Mackenstädt. Folgender Lohntarif ist durch unseren Streit errungen worden:

§ 1. Arbeiter unter 18 Jahren erhalten einen Lohn von 18—25 Pf., über 18 Jahre 20—35 Pf. Leute von über 18 Jahren, welche zwei Jahre in einem Betriebe beschäftigt sind, erhalten einen Lohn von 30—35 Pf.

§ 2. Arbeiter, welche der Wäsche und Läutererei vorstehen und welche für die gewaschenen und geläufernden Zelle verantwortlich gemacht werden, erhalten einen Lohn von 30—35 Pf. pro Stunde.

§ 3. Reinigungserwerber werden für die Färberereiarbeiter seitens der Unternehmer geliefert.

§ 4. Desgleichen werden Waschzähne, sowie Handtücher und andre Reinigungsmitte in genügender Weise beschafft.

§ 5. Für Waschen und Reinigungszeit werden den Arbeitern der Färbererei Abends 10 Minuten bewilligt.

§ 6. Weiblichen Arbeitern unter 18 Jahren wird ein Stundenlohn von 12—15 Pf., über 18 Jahre 15—20 Pf. pro Stunde gezahlt.

§ 7. Für nachstehende Arbeiten werden Abordnungszüge gezahlt: 1. Nutria rumpeln große 4½ Pf., kleine 3 Pf., dieselben anzichten und schwigen 5½ Pf.; 2. Nutria rasieren große 4 Pf., kleine 3 Pf.; 3. Schuppen rasieren 4 Pf.; 4. Otern rasieren 3 Pf.; 5. Biber rasieren große 20 Pf., kleine 15 Pf.; 6. gerupfte Bisam rasieren 1½ Pfennig; 7. gerupfte Kanin rasieren 1½ Pf.

§ 8. Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabends von 9—12 Uhr Vormittags.

§ 9. Mit Inkrafttreten dieses Tarifs beginnt die 10ständige Arbeitszeit und zwar dauert dieselbe im Sommerhalbjahr von 6—6 Uhr, im Winterhalbjahr von 7—7 Uhr. Einige Überstunden werden mit 5 Pf. Aufschlag vergütet.

§ 10. Maßregelungen Arbeitern und Arbeitern gegenüber irgend welcher Art finden nicht statt.

§ 11. Die Unterzeichneten erklären sich mit vorstehenden Bestimmungen einverstanden und haben diesen Lohntarif, nachdem die Einführung desselben in allen seinen Theilen hiermit auf den 2. März 1900 bestimmt wird, eigenhändig unterschrieben.

Mackenstädt, den 2. März 1900.

Rauchwaren-Zurichterei u. Färberei Utzen-Gesellschaft dorm. Louis Walter's Nach.

J. U.: Dir. Schering u. C. Schlothauer.

F. W. Franke. Paul Lünger. Carl Debuss. Georg Debuss. Marne. Die hier begonnene Lohnbewegung der beim Baumgewerbe beschäftigten Verbandsmitglieder ist vorläufig zum Abschluß gekommen, ohne daß die Forderungen bewilligt worden wären. Die beteiligten Arbeiter haben vorläufig anderweitige Beschäftigung genommen. Zwei, die ehemaligen Mitglieder Julius Martens, B.-Nr. 53860, und O. Heitmann, B.-Nr. 72411, haben die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen.

München-West. Eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung tagte am 15. März. Referent Klemm gab in seinem Vortrag ein Bild der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital aus den letzten Jahren, zeigte an verschiedenen Beispielen, wie auf der einen Seite die Arbeitersklasse mehr und mehr in Folge der rückständigen Ausbildung unseres Industriellthums dezimiert wird, während auf der anderen Seite der Reichthum sich immer mehr anhäuft; in diesem ihrem Kampfe nach Besserstellung sei die Arbeitersklasse auf sich selbst angewiesen, während dem Unternehmertum alle Hilfsmittel zur Verfügung stehen und Polizei und sonstige Behörden stets bereit sind, wenn es gilt, besserer Lohns- und Arbeitsbedingungen einen Raum zu geben; dadurch werde natürlich nicht nur die Macht der Unternehmer erhöht, sondern auch die Widerstand verstärkt. Zur Aufzeichnung laßt man dann die kleinen schicken und den Säbel holen. Für seine Behauptung verwies Redner auf den z. B. tödlichen großen Lohnkampf der österreichischen Bergarbeiter, den Hosenarbeiterkreis und den Kramoll in Augsburg. Redner verweile hierauf einige Augenblicke bei der Kritik der deutschen Rechtsprechung und rückte zum Schlusse die Notwendigkeit einer starken Organisation gegenüber der herrschenden Unternehmerwillkür ins richtige Licht. — Aus dem von der letzten Versammlung gewählten Kommission, bestehend aus den Kollegen Fleiget, Hämel und Herr, erstaunte Bericht geht hervor, daß Herr Kommerzienrat Mezeler die Kommission wohl empfangen, aber sonst nicht mit der Höflichkeit, auf welche Rauhsteine in ihrem Bericht großes Gewicht legen, behandelt habe. Herr Mezeler habe kurz und bündig erklärt, daß die Kollegen Richter und Wagner nie wieder eingesetzt werden, daß er weiter fünf organisierte Kollegen entlassen werde, möge in den Versammlungen gesprochen werden, was wollen; auf den Verband gebe er gar nichts. Auf den Hinweis, daß Kollege Richter doch 17 Jahre in seiner Firma thätig war und kann, daß man doch bei einem Lohn von 2,70 Mk. den Richter lange Jahre bezog, von einem unzuständigen Arbeiter nicht reden könne, erklärte der Herr Kommerzientrat, daß er sich in die intimen Angelegenheiten seines Berufes nichts einreden lasse, daß er für seine Arbeiter stets ein warmes Herz habe. Herr Mezeler habe besonders betont, daß die Vorarbeiter Bartl und Wagner sich wiederholte bei ihm beschwert hätten, daß nichts mehr gearbeitet würde, weil Richter und Wagner in der Fabrik für den Verband agitierten und die Arbeiter aussetzten. — Kollege Richter führt hierauf einige Beispiele an von der Fürsorge des Herrn Mezeler für seine Arbeiter. So seien dem Herrn Kommerzientrat wiederholt Klagen vorgebracht worden über die Behandlung verharrter Arbeitern durch den Vorarbeiter Wagner; statt Abhilfe zu schaffen, habe Herr Mezeler erklärt, daß Wagner ein brachdauer und achtungswürdiger Mann sei! Redner verbreitete sich in seinen weiteren Ausführungen über die ungenügende Ventilation in der Bremerei, führte die einem alten Mann in der Bremerei zu Theil gewordene Behandlung an. Beprach die Löhne sowie das in der Fabrik herrschende

Werkssystem und schloß die Debatte den Verlauf eines vorher angekündigten Besuchs des Fabrikinspektors. Schließlich faßte einer sehr lebhaften Diskussion sond. folgende Resolution einstimmig Annahme: Die heutige außerordentlich stark besuchte Versammlung der Fabrik und nichtgefeierten Arbeiter erklärt sich mit den Ausschreibungen des Referenten einverstanden, indem sie dadurch den Beweis erbrach: sieht, daß der ungeheuren Macht der Unternehmer nur die Macht der Organisation entgegengestellt werden kann. Die nichtorganisierten Kollegen vertraten sich. Mann für Mann der Organisation beizutreten, um durch die Macht der Organisation bessere Bezahlung und Behandlung in der Fabrik von Mezeler u. Co. herbeizuführen. Die Versammlung erkläre in der Mahlregelung der beiden Kollegen Richter und Wagner einen Angriff auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht und spricht jenen Vorarbeitern, die die Entlastung der zwei Familienälter herbeisühnen, ihre Entlastung aus.

Potsendorf. Eine am 25. März abgehaltene öffentliche Versammlung beschloß die Gründung einer Wahlstelle und brachte dann die Bevollmächtigten und Revisoren in Beschlag. Der Kollege Wahl aus Niederösterreich gab dann einen ausführlichen Bericht über die neuesten Ereignisse, welche sich auf gewerkschaftlichem Gebiete abgespielt haben. Nachdem die gewerkschaftliche Debatte beendet wurde, wurde ein Hilfsklassifizierer gewählt, womit die Versammlung ihren Schluß fand.

Podejach. Sonntag, den 11. März, tagte im Hotel des Herrn Ernst Kleine unsere Mitgliederversammlung. Der bestellte Referent war nicht erschienen, weshalb der Vortrag ausfielen mußte. Dann wurden Hilfsklassifizierer gewählt und das Mandat des Kollegen Wilhelm in üblicher Weise gegeben.

Potsdam. Am 4. März tagte im Hotel des Herrn Glaser eine öffentliche Versammlung. Die Kommission erstattete Bericht über den Verlauf der mit den Meistern des Bauwesens gepflogenen Verhandlungen. Vor längerer Zeit war der Arbeitgeberbund von Potsdam ein Lohntarif angestellt, der einen Stundenlohn von 35—40 Pf. forderte. Außerdem wollten wir die 8ständige Arbeitszeit, die Errichtung von sanitären Bauten und geschlossener Aborte. Die Kommission für Salz- und Steineträger, für jede Engenhöhe einen Pfennig Zulage, für alle übrigen Arbeiter aber einen Pfennig Stundenlohn zahlen zu wollen. Die 8ständige Arbeitszeit wurde verweigert; über die Bezahlung von Nebensunden und Wasseraufwarten wollten sie sich mit ihren Arbeitern einverstanden machen. Die Versammlung nahm die Anreihungen der Meister nicht an, weil schon im vorigen Jahre stellweise 32 Pf. und mehr bezahlt worden sind. Die Kommission wurde beauftragt, die Verhandlungen mit den Meistern fortzusetzen, um wenigstens einen Stundenlohn von 35 Pf. und einen Pfennig Zulage zu erzielen. Unter Punkt "Verschiedenes" wurde die neuständige Arbeitszeit besprochen. Es sollte den Meistern das nötige Beweismaterial beschafft werden, daß sie sich davon überzeugen sollten, daß die neuständige Arbeitszeit durchaus kein Schaden für sie wäre. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: "Die heutige, am 4. März tagende, öffentliche Versammlung hat den Bericht der Kommission von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund entgegengenommen und kann sich mit dem Angebot, das von den Herren Arbeitgebern in Bezug auf die Lohnverhältnisse gemacht wurde, nicht einverstanden erklären. Die Kommission wird beauftragt, noch weitere Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund anzubauen.

Schönebeck. Die Arbeiter der chemischen Fabrik "Hermannia" hier selbst sind in eine Bewegung zur Verbesserung der Arbeitszeit und Verbesserung der Lohnverhältnisse eingetreten. Eine am 27. März abgehaltene Versammlung beschloß einstimmig folgende Forderungen der Direktion zu unterbreiten: 1. Den Lohnzahlungstag vom Montag auf Sonnabend zu versetzen. 2. Möglicheste Beschleunigung der Nebenstundenarbeit; für den Fall, daß Nebenstunden unumgänglich notwendig sind, dafür einen Aufschlag von 25 Prozent zu gewähren. 3. Den durchschnittlichen Tagelohn für Arbeiter über 19 Jahren auf 2,50 Mk. festzusehen, für Arbeiter unter 19 Jahren ist eine Lohnhöhung von 15 Prozent zu gewähren. 4. Für die Schuharbeiter ist der Aufschlag auf 25 Prozent zu erhöhen, für Salzfächer ein Schichtlohn von 2,75 Mk. festzusehen. 5. Wegfall aller Prämien bei den Schuharbeitern, dafür ist der Schichtlohn auf 3,60 Mk. zu erhöhen; für die Rohabholung ist ein Schichtlohn von 3 Mk. festzusehen. — Die Arbeiter dieser Fabrik hatten schon im vorigen Jahre eine Erhöhung des Tagelohnes auf 2,40 Mk. beantragt. Die Direktion wollte sich jedoch auf eine gemeinsame Forderung nicht einlassen, sondern erklärte ganz einfach, daß wenn jemand einen Wunsch habe, sollte er denselben selbst vorbringen. Diese gestellten Forderungen sind nun so gering, daß die Arbeiter eine Billigung erwarten können. Die Erhöhung wird nach der vorliegenden Forderung im Durchschnitt etwa 25 Pf. pro Tag betragen.

Thiede. Unser seither innegehabtes Versammlungstotale steht uns nicht mehr zur Verfügung. Der Besitzer, Herr Brunk, hat uns dasselbe unter der Begründung für die Zukunft verweigert, daß die Arbeiter zu wenig verzehren, in Folge dessen besserer Verdienst zu gering. Die Kollegen, welche Rechts daran legen, ihr Glas Bier in dem Kreise von Bekannten und Gleichgesinnten zu verzehren, wissen sonst, daß sie solche in dem Hotel des Herrn Brunk nicht finden.

Wolfsburg. In der Versammlung, die am 10. März tagte, referierte der Kollege Richter über die Unfälle im Jahre 1899. Er führte die Vermehrung der Unfälle auf die Profitabilität der Unternehmer und die lange Arbeitszeit zurück. Mit dem Anwachsen der Organisation würde die Verbesserung der Arbeitszeit möglich, die Unternehmer würden weiter gewungen, bessere Schutzmaßregeln zu treffen, sodass dann ein Verabreden der Unfallziffer mit Sicherheit zu erwarten wäre. — Ein Antrag, welcher die lezte Sitzung verstorbenen Kollegen regelt, wurde angenommen.

## Eingesandt.

Auf dem vom 14.—19. August 1898 in Russland tagenden Verbandstag wurde auf vielseitige Anregung beschlossen, daß das Gebiet des Deutschen Reichs in Gauen einzuteilen, um die Agitation planmäßiger und einheitlicher gestalten zu können. Da dieser Beschluss des damaligen Verbandstages einem langgehegten Bedürfnisse entsprach, zeigte sich schon nach kurzer Zeit, daß der gewählten Gauvorstände war mehr oder weniger bemüht, wo es nur irgend thunlich erschien, Befreiungen zur Gründung von Fabrikstellen anzuordnen und somit zur Stärkung der Organisation beizutragen. Daß diese von den einzelnen Gauvorständen entwickelte Thätigkeit nicht immer den daraus gehüpften Erwartungen entsprach, lag wohl meistens daran, daß die Gauvorstände an der Aufgabe der Agitation beanspruchten Personen, sondern lediglich daran, daß diejenigen zur Verfolgung stehenden Geldmittel bei Weitem nicht dazu ausreichten, die Ausgaben für Agitationsreisen u. s. w. zu decken. Insbesondere kommt hier noch eine nicht gerade segensreiche Sparsamkeit des Hauptvorstandes hinzu. So lehrt ich auch die Sparsamkeit unseres Hauptvorstandes schärf, so muß ich jedoch andererseits notgedrungen die von verschiedenen Gauvorständen hergehobene Anstrengtheit mit den Geldern für Agitation und Organisation vertheilen. Außerdem muß hier zur Entschuldigung des Vorstandes gesagt werden, daß verschiedene Gauvorstände bei Bewilligung der Gelder für die Gane von entscheidender Wirkung sind. Hierher



# Abrechnung für das 4. Quartal 1899.

## **Einnahme.**

## Ausgabe.

Bahnhöfen.	Nr. Quartal	EINTRITTSGELD MR.	Zahl der BEITRÄGE 15 PF.- BEITRÄGE MR.	BEITRÄGE MR.	Zahl der BEITRÄGE 7½ PF.- BEITRÄGE MR.	BEITRÄGE MR.	EXTRA- BEITRÄGE MR.	SONSTIGE EINNAHMEN MR.	STAATSBESTAND V. VOR. QUARTAL MR.	GESAMT- EINNAHMER, MR.	ABGESCHICKT AN DIE VERBANDSKASSE MR.	REISE- UNTERSTÜTZUNG MR.	LOKALE ANSAGABEN MR.	IN DEN BÜRO- ZURÜCK- BEHALTEN AUSGABEN MR.	GESAMTAU- SAGABEN MR.	ZAHL DER BEITRÄGE WÄHR. MR.	ZAHL DER MITGLIEDER WÄHR. MR.	ZAHL DER MITGLIEDER WÄHR. MR.	5% MR.	SUMME PF.																
Gifeldorf . . . . .	4.	1	—	225	33	75	52	3	90	1	50	—	20	10	60	25	38	51	2	50	19	24	—	60	25	420	20	5	—	1						
Alzenau . . . . .	4.	1	80	67	10	5	—	11	10	—	—	—	—	52	209	57	137	10	55	5	30	1	30	—	11	85	67	—	18	6	44	12	12	1		
Altenburg . . . . .	4.	8	80	1261	189	15	148	—	—	—	—	—	—	—	18	15	18	15	—	6	80	144	66	—	—	209	57	1309	138	6	70	5				
Altenplan . . . . .	4.	—	60	117	17	55	—	—	—	—	—	—	—	34	95	441	20	289	74	10	6	80	3	60	34	30	15	18	15	117	—	58	10	14	12	14
Astona-Ditzen	4.	7	20	2484	372	60	816	61	20	—	20	—	—	—	34	95	441	20	289	74	10	6	80	144	66	—	—	441	20	3300	220	59	9	7		
Alt-Damm . . . . .	4.	—	20	59	8	85	14	1	5	—	40	—	—	53	20	260	20	148	20	10	5	91	55	80	50	29	260	20	1328	—	188	24	2			
Ammendorf . . . . .	4.	3	40	1328	199	20	—	5	38	—	60	—	—	13	35	44	93	21	38	—	2	80	54	95	15	5	14	40	205	2	1	1	9	10		
Apentrade . . . . .	4.	—	60	200	30	—	—	—	—	—	—	—	—	15	87	78	77	34	92	1	28	24	86	17	71	78	77	352	50	1566	135	28	4	3		
Arnsdorf . . . . .	4.	16	80	1251	187	65	315	23	62	1	—	—	—	15	87	234	7	161	27	2	80	54	95	15	5	234	7	1566	135	28	4	3				
Aschersleben . . . . .	4.	1	80	308	46	20	52	3	90	—	—	—	—	10	60	42	62	30	12	36	60	6	30	54	42	98	12	362	25	1	1	7				
Augsburg . . . . .	4.	—	60	342	51	30	40	3	—	—	—	—	—	5	5	18	10	765	20	—	—	378	60	—	—	1143	41	8705	603	197	37	85				
Axstedt . . . . .	4.	—	20	86	12	90	—	—	—	—	—	—	—	20	6	59	41	93	21	10	3	—	10	33	7	51	—	41	99	244	18	5	1	15		
Barnstedt . . . . .	4.	—	20	208	31	20	32	2	70	1	30	—	—	6	59	41	93	21	10	3	—	2	—	38	75	245	23	6	1	8						
Barth . . . . .	4.	1	80	189	28	35	—	56	4	20	—	40	—	4	—	190	25	132	95	44	4	93	333	93	136	66	190	25	1147	—	5	73	7			
Beelitz . . . . .	4.	6	60	1147	172	5	734	55	55	5	—	—	—	90	57	1036	30	697	44	8	—	57	30	—	—	1036	30	7058	570	72	28	39				
Bergedorf . . . . .	4.	28	60	6287	943	224	85	74	5	—	—	—	—	90	57	368	69	151	30	72	73	37	—	—	147	5	740	63	368	69	1573	144	9	7	68	
Berlin . . . . .	4.	4	80	1499	224	85	74	5	—	—	—	—	—	90	57	34	55	74	75	—	10	90	4	40	—	15	30	102	62	1	1	50				
Biebrich . . . . .	4.	—	60	740	111	—	—	—	—	—	—	—	—	90	57	147	05	74	75	—	10	90	34	40	—	15	30	102	62	1	1	50				
Bielefeld . . . . .	4.	—	20	549	82	35	47	3	53	—	—	—	—	90	57	230	15	150	40	6	20	73	55	—	—	87	68	596	12	2	2	85				
Bitterfeld . . . . .	4.	10	40	1446	216	90	30	—	—	—	—	—	—	90	57	116	20	80	30	—	—	34	41	230	15	1476	149	70	13	3						
Blankenburg . . . . .	4.	4	40	709	106	35	98	7	36	—	—	—	—	90	57	34	55	74	75	—	11	17	11	90	68	7	36	24	153	14	75	14	2			
Bodenheim . . . . .	3.	—	20	391	58	65	42	3	15	—	—	—	—	90	57	13	39	36	24	15	—	11	17	11	90	68	7	36	24	153	14	75	14	2		
Borby . . . . .	4.	—	40	141	21	15	12	—	—	—	—	—	—	90	57	13	39	903	—	611	92	18	8	273	—	903	—	5734	711	71	27	30				
Braunschweig . . . . .	4.	81	—	5186	777	90	548	41	10	3	—	—	—	90	57	51	84	520	59	298	70	30	30	191	59	—	—	520	59	2925	—	5	25	15		
Bremen . . . . .	3.	41	80	2665	399	75	260	19	50	—	—	—	—	90	57	51	86	68	59	75	—	27	50	7	95	95	20	550	61	—	12	2	2	35		

# Ginnahme.

# Ausgabe.

Zahlstellen	Quartalszeit	Ginnahme		Ausgabe		Summe																														
		Eintritts- beiträge M. Pf.	Zahl der Beitäge M. Pf.	Beiträge 7½ Pf. Beitäge M. Pf.	Beiträge M. Pf.		Erla- ge- beiträge M. Pf.	Sonstige Ginnahmen M. Pf.	Veränd- behalten n. vor. Quartal M. Pf.	Gesamt- Ginnahmen M. Pf.	Abgeschicht an die Verbands- kasse M. Pf.	Stells- unter- stützung M. Pf.	Balans- aus- gaben M. Pf.	In den Zahlstellen zurück- behalten M. Pf.	Gesamt- Ausgaben M. Pf.	Zahl ber Beit- träge M. Pf.	Zahl ber Mitglieder- weite- liche M. Pf.	5% Summe																		
Mülheim a. M.	3.	1	—	724	108	60	48	3	60	5	70	—	—	48	35	80	50	—	33	52	48	33	162	35	772	70	4	3	40	12						
Mülheim a. M.	3.4.	—	40	157	23	55	—	—	—	50	—	—	21	9	45	54	9	47	8	20	9	20	18	67	45	54	157	7	—	—	13					
Mundenheim	4.	6	60	494	74	10	—	—	—	—	—	—	14	21	97	51	44	34	—	40	30	60	22	17	97	51	520	56	—	—	11					
München I.	—	28	60	5582	857	90	192	14	40	4	50	—	—	—	—	384	80	596	70	26	4	20	283	90	—	—	884	80	5774	749	15	28	18	10		
München II.	—	4.	11	60	1449	217	35	110	8	25	1	50	—	—	—	—	298	70	164	26	—	—	11	30	74	44	—	—	238	70	1559	—	—	—	10	
Münden	—	4.	1	60	254	38	10	—	—	—	—	—	—	—	—	40	60	29	30	—	—	27	64	—	—	40	60	272	30	—	—	1	38	1		
Marktauslädt	—	4.	2	40	428	64	20	165	12	37	—	—	—	—	25	53	112	85	83	73	1	—	48	112	35	925	86	—	—	17	2	83	6			
Meissen	—	4.	2	60	639	95	85	60	4	50	—	—	—	—	—	103	5	69	40	2	—	21	60	10	5	103	6	699	78	—	—	4	34	6		
Wissburg	—	4.	9	20	196	29	40	—	—	—	—	—	—	—	—	30	85	28	60	—	—	3	5	6	95	28	1	—	—	—	95	14				
Reuninstet	—	3.	1	—	199	29	85	—	—	—	—	—	—	—	—	48	89	98	60	26	10	2	—	37	85	25	94	98	89	282	35	—	—	14		
Neustadt i. O.	—	4.	2	60	282	42	30	—	—	—	—	—	—	—	—	128	81	339	61	119	40	—	—	69	64	150	57	339	61	1344	117	—	—	3	81	7
Rowowatz	—	4.	2	60	1328	199	20	16	1	20	4	40	—	—	—	—	200	45	134	50	—	—	24	10	41	85	200	45	1919	119	—	—	6	55	4	
Rienburg a. S.	—	4.	1	20	393	58	95	88	6	60	—	—	—	—	—	67	65	45	80	—	—	—	—	21	85	67	65	481	32	—	—	7	2	12		
Obernsel	—	4.	7	40	3597	539	55	1672	125	40	—	—	—	—	—	672	36	420	26	10	44	221	85	—	—	672	35	5269	335	131	22	15	12			
Oberndri	—	4.	4	—	563	84	45	—	—	—	—	—	—	—	28	85	117	60	56	75	4	—	16	75	38	10	117	60	563	60	—	—	8			
Obersteck	—	4.	—	20	826	123	90	928	69	60	—	—	8	47	—	—	202	17	128	12	—	—	73	5	—	—	202	17	1754	68	76	—	3			
Osterode a. H.	3.	2	60	123	18	45	16	1	20	—	—	—	—	—	—	22	25	22	—	—	—	—	25	—	—	22	25	139	17	2	—	65	1			
Osterwick	—	5.	4	20	1589	238	35	60	4	50	—	—	—	—	—	34	79	118	69	57	50	—	16	3	50	88	85	247	5	1649	—	—	8	9	3	
Orsch	—	4.	3	20	526	79	20	—	—	—	—	—	—	—	36	77	95	82	40	10	7	40	37	40	—	116	20	784	77	—	4	1	1	10		
Osing	—	4.	3	60	712	106	80	72	5	40	—	—	—	—	—	18	95	180	85	111	55	2	—	45	20	4	10	160	85	904	—	3	6	74	14	
Potsdam	—	4.	9	20	1384	260	10	28	2	10	—	—	—	—	—	79	14	292	64	146	10	2	—	62	1	82	53	292	14	1362	150	2	2	7		
Preuß.	—	4.	3	—	1056	158	25	13	—	—	—	—	—	—	6	51	188	74	106	14	—	—	11	60	51	168	74	1068	78	—	3	5	30	14		
Rensfeld	—	4.	12	80	2727	409	5	156	11	70	1	—	—	—	69	09	185	44	59	2	20	18	11	85	94	39	185	44	784	68	—	4	3	78	14	
Rixdorf	—	4.	2	—	478	71	70	—	—	90	—	—	18	50	100	70	50	—	—	47	80	2	90	100	70	490	63	—	4	2	16	7				
Reichenburgsvort	—	4.	12	80	5021	753	15	633	48	98	1	50	—	—	—	826	78	555	96	—	—	270	82	—	—	826	78	5783	394	51	26	56	14			
Raguhn	—	4.	—	20	520	78	—	176	13	20	—	70	—	—	24	—	116	10	61	77	—	—	10	—	44	33	116	10	696	38	13	2	87	4		
Rößel	—	4.	8	20	3456	517	95	1816	138	20	7	20	—	—	—	669	55	438	94	12	56	218	5	—	—	669	55	5269	300	217	21	80	14			
Seelze	—	4.	22	40	4927	724	5	50	3	75	7	30	—	—	—	757	50	513	20																	